

Danziger Volksstimme

Einzelnummer 180 Mk.

Bezugspreis: Durch die Post u. Austrag. 3500 M. In Pommerellen 7000 M. poln. Anzeigen: Die-ge-paltene Zeile 350 M., auswärts 500 M. Die Reklameweile 1200 M., auswärts 1500 M. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen nach besonderem Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,
für Anzeigen-Annahme, Zeitungs-
bestellung und Druckfachen 3290.

Nr. 53

Sonnabend, den 3. März 1923

14. Jahrg.

Deutschnationale Etatsreden

Zwei Tage lang hat sich der Volkstag mit den Beratungen des Etats beschäftigt, wobei die einzelnen Parteien Gelegenheit nahmen, durch zwei Rednergarnituren ihr Einverständnis mit der Senatspolitik zu bekunden oder wie es die Redner der Sozialdemokratie taten, an derselben Kritik zu üben. Wer allerdings der Meinung war, daß sich die Deutschnationalen reißlos mit der vom Senat betriebenen Politik einverstanden erklären würden, sah sich darin getäuscht. Selbst der Redner der Deutschnationalen, der Abgeordnete Schwegmann, schilderte die Not einer Bevölkerungsschicht, die unter der Koalitionspolitik bitter zu leiden hätte. Allerdings waren das nicht Kleinrentner und Arbeitslose oder Arbeiter und Beamte, sondern die — Agrarier. Diese schilderte der deutschnationale Redner als die selbstloseste Bevölkerungsschicht, die es im Freistaat überhaupt gäbe. Um aber den Klagen der anderen Bevölkerungsschichten die Spitze abzubrechen, machte er für die hohen Preise das Umlageverfahren verantwortlich. Wäre man den Vorschlägen der Deutschnationalen gefolgt, so wären die Ernährungsverhältnisse heute ganz anders. Das mag zum Teil richtig sein, insofern nämlich, als dann auch die Brotpreise, die schon jetzt trotz des verbilligenden Umlageverfahrens eine beträchtliche Höhe erreicht haben, ins Unersehene steigen würden. Daß ein Abgeordneter, der selbst nicht Agrarier ist, sich so zum Verteidiger der deutschnationalen Volkswucherung aufwarf, läßt sich nur dadurch erklären, daß dieser Volkswucherer berufligt Rechtsanwalt ist und dabei häufig Wucherer und ähnliche Volksgenossen zu verteidigen hat. Andere Klagen hatten die Deutschnationalen beim Etat nicht vorzubringen. Diese Tatsache gilt es festzuhalten, weil auch viele Volksgenossen aus Beamten- und Kleinbürgerkreisen, die aus falsch verstandenem Deutschgefühl bisher deutschnationalen Parteien zugehört, über die bisher in Danzig betriebene Wirtschaftspolitik höchst unzufrieden sind. Natürlich suchen auch unsere Reaktionen alle Schuld hierfür von sich abzuwälzen und benutzen den Prügelknaben, den die Reaktionen aller Länder in den letzten drei Jahrzehnten in Anspruch nahmen, nämlich das Judentum. Dabei magte der Sprecher der Deutschnationalen, Abg. Matthaei, seines Zeichens Doktor und Professor an der hiesigen Hochschule, den deutschen berühmten Geschichtswissenschaftler als Kronzeugen für die zeriegende Tätigkeit des Judentums im Völkerverleben anzuführen. Vom Abg. Dr. Eppich wurde sich diese deutschnationale antisemitische Geschichtsschreibung lassen, daß er das Rommensehe Zitat völlig falsch angewandt habe. Schließlich hätte auch Professor Dr. Matthaei, der sich als sehr guter Rommenspieler aufspielen wollte, wissen müssen, daß gerade Rommens den Antisemitismus als ein übles Krankheitszeichen im deutschen Volkstörper bezeichnet hat. Wenn dann dieser deutschnationale Volksvertreter auch weiterhin wieder die Behauptung von der völlig verjudeten Sozialdemokratie aufstellte, so haben wir ja kürzlich die Unrichtigkeit dieses antisemitischen Schlagwortes an treffenden Beispielen nachgewiesen.

Da die deutschnationalen Volksvertreter keine Veranlassung hatten, über die wirtschaftliche Not (abgesehen von der der Agrarier) und die soziale Rückständigkeit im Freistaat zu sprechen, so ergingen sie sich dafür in nun so heftigeren Ausfällen gegen die Sozialdemokratie. Angehts der Tatsache, daß der Abwehrkampf im Ruhrgebiet gegen den französischen Militarismus in der Hauptsache von der meistens sozialistisch organisierten Arbeiterkraft geführt wird und angehts der Tatsache, daß sozialdemokratische Minister, Reichstagsabgeordnete und Gewerkschaftsführer dabei an erster Stelle stehen, ist es, gelinde gesagt, eine echtdeutschnationale Fälschung der Tatsachen, wenn Abg. Matthaei zu behaupten wagte, daß die Sozialdemokratie die Franzosen in ihrem Vorhaben bestärke. Hiergegen sich zu verteidigen hieße, den deutschnationalen Heimkrieger und Weichheitsfächlern zu viel Ehre anzutun.

Auch die letzten deutschnationalen Wähler, wenigstens soweit sie aus Arbeitnehmerkreisen stammen, dürften nach dieser Etatsberatung eingesehen haben, daß sie mit antisemitischen Plumpheiten und Segreden gegen die Sozialdemokratie nicht dafür entschädigt werden können, daß ihnen die deutschnationalen Agrarier das Fell über die Ohren zogen.

München als Sammelplatz der Reaktion.

Dem „B. Z.“ wird aus München gemeldet: Der Zutrom vorgeblicher Flüchtlinge aus dem Ruhrgebiet nach München dauert an. Die Leute kommen teils in kleinen Trupps, teils einzeln. Wenige Familien aufgenommen, handelt es sich um junge Männer, die ausschließlich sämtlich den nationalistischen Kreisen angehören scheinen. Nationalistische Streikrußpfer nehmen die am Hauptbahnhof eintreffenden Ruhrflüchtlinge in Empfang und bemühen sich gemeinsam mit der Behörde um ihre Unterbringung. Die Flüchtlinge selbst durchzogen gestern nachmittag im geschlossenen Zuge die Stadt, wobei sie sich watz-

welch-rote Armbinden trugen und eine schwarz-weiß-rote Fahne mit sich führten. Das gab der sozialdemokratischen „Münchener Post“ Veranlassung, die schon im Landtag vorgebrachte Warnung an die Regierung zu wiederholen, da es sich in Wirklichkeit nicht um Ruhrflüchtlinge, sondern um Arbeitsschene aus ganz Deutschland handele, die unter Führung von Hakenkreuzlern nach München gebracht wurden, um hier zu einem Freikorps Stützpunkt zu werden. Zum Protest gegen diese Behauptung zog heute nachmittag 5 Uhr ein rund hundert Mann zählender Trupp von Ruhrflüchtlingen, verstärkt durch Hakenkreuzler, vor das Gebäude der „Münchener Post“ und verlangten Widerruf durch Extrablatt. Als die Nationalsozialisten in das Gebäude einzudringen versuchten, stellte sich ihnen ein starkes Polizeiaufgebot entgegen, das das Haus besetzte. Auch der Platz vor dem Gebäude wurde polizeilich abgesperrt. Allmählich verzog sich die vandaliere Menge. Ein Teil marschierte zu einer für den Abend angesetzten nationalsozialistischen Versammlung, um hier weiter zu demonstrieren.

Selbst die deutschnationale Münchener Polizeidirektion sieht sich veranlaßt, diese Hakenkreuzlerischen „Ruhrflüchtlinge“ wie folgt zu kennzeichnen:

Es handelt sich um etwa 80 junge Leute, die nach ihren Angaben vor etwa fünf Wochen freiwillig das Ruhrgebiet verlassen haben, weil sie nicht unter der Herrschaft der Franzosen arbeiten wollten. Ausgewiesen sind sie nicht aus dem besetzten Gebiet. Die Leute hielten sich seither in Norddeutschland auf, von wo sie nach ihrer Angabe in das besetzte Gebiet zurückgebracht werden sollten, worauf sie sich nunmehr nach Bayern wandten. Ein Anwerben der Polizeidirektion München, die ihnen Arbeit zuweisen wollte, haben sie abgelehnt. Diese Haltung gibt zu Bedenken um so mehr Anlaß, als sie jetzt schon fünf Wochen im Lande umherziehen, und die angebotene Arbeitsmöglichkeit offensichtlich abschlagen. Da es sich auch nicht um ausgewiesene Personen handelt, ist ihr eigentlicher Aufenthaltszweck im unbesetzten deutschen Gebiet nicht ganz klar. Nach Bayern haben sie sich, nach ihren Angaben auch deshalb gewandt, um hier mit den nationalen Kreisen Fühlung zu suchen. Da nach den Behauptungen der Leute noch eine große Anzahl solcher Flüchtlinge auf dem Wege nach Bayern sein soll, muß die Weiterbeförderung der Leute zur Arbeitsgelegenheit mit Entschiedenheit veranlaßt werden.

Deutsche Steuern für Frankreich.

Im besetzten Gebiet ist folgende Verordnung erlassen worden: Da die deutschen Beamten die Vorschriften betreffend die Zollannahme umgehen und die Zölle für das Reich einzunehmen versuchen, was zur Verminderung der Steuereinnahme führt, sehe sich das alliierte Oberkommando veranlaßt, als Strafmaßnahme eine Erweiterung der Befugnisse bezüglich der Einnahme vorzunehmen. Infolgedessen müssen künftig die Steuern für Zigaretten, Zigarren, Tabak und Schaumweine an die alliierten Steuerbureaus bezahlt werden. Jede Weigerung der Steuerpflichtigen ziehe die Gefahr der Schließung des Betriebes nach sich. Es wird an die früheren Anordnungen des kommandierenden Generals erinnert, nach der sämtliche Beamten, Angestellten und Privatpersonen, die den Anweisungen der Besatzungsbehörden Folge leisten, namentlich auch die Steuerzahlung an die von den Besatzungsbehörden bezeichneten Stellen durchzuführen, unmittelbar unter dem Schutz der alliierten Regierungen stehen. Letztere verpflichten sich, in der Gegenwart wie Zukunft sie gegen sämtliche Repressalien seitens der deutschen Verwaltung und der deutschen Regierung in Schutz zu nehmen und mit der deutschen Regierung nicht zu verhandeln, solange diese nicht in bezug auf die vorgenannten Personen förmliche Versicherungen abgegeben hat. — Hierzu wird halbamtlich bemerkt: Bekanntlich hat der Reichsfinanzminister schon früher an seine Beamten die Weisung gegeben, nur Befehlen des Reichsfinanzministeriums zu gehorchen.

Die rasende Soldateska.

Ueber die Verwüstung der Gelsenkirchener Polizeireviere durch die Franzosen berichtet das Berliner „Tageblatt“: Die Franzosen haben wie die Vandalen gehaust. Nicht nur die Fenster sind eingeschlagen und die Schränke gewalttätig zerbrochen worden, sondern auch die Akten sind beschmutzt oder vernichtet, die Telefon-einrichtungen kurz und klein geschlagen oder aber mitgenommen worden. In der Privatwohnung des Hausmeisters des Polizeipräsidiums zerstörten die Franzosen zwei Zimmer bis zur Unkenntlichkeit. Nach einer Meldung der „Voss. Ztg.“ ist auch das Weichheitsamt in Gelsenkirchen, in dem die Angelegenheiten der Sozialrentner und Kriegshinterbliebenen sowie der Kleinrentner bearbeitet werden, zum zweiten Male von den Franzosen völlig zerstört worden.

Wegen der Ausschreitungen französischer Soldaten gegen die Handelskammer und das Landratsamt in Bochum hat der Stellvertreter des Regierungspräsidenten in Düsseldorf an den General Denmiquet einen Protest gerichtet, in dem er Herrn General Degoutte

zu befragen bittet, ob er bereit ist, den verantwortlichen Truppenführer und die Täter auf das Schärfste zur Rechenschaft zu ziehen und als Genugtuung für die durch diese Taten tief beleidigte Bevölkerung des Industriegebietes ihm den Namen des verantwortlichen Führers und die Art der ergriffenen Maßnahmen mitteilen zu lassen.

Der Oberbürgermeister von Duer wurde heute von den Franzosen wieder verhaftet. Er war schon einmal sieben Tage in französischer Haft, wurde aber freigelassen, nachdem ein Kaufmann aus Duer eine Kontribution von einer halben Million Mark an die Franzosen gezahlt hatte. Grund der neuerlichen Verhaftung soll sein, daß der Oberbürgermeister sich weigerte, Adressen von Beamten mitzuteilen. In Reddinghausen wurden vier Eisenbahnbeamte, die mit einem Lohn-geldtransport unterwegs waren, von den Franzosen verschleppt. 60 Millionen Mark Lohn-gelder, die für die heutige Löhnung der Reddinghauser Eisenbahner bestimmt waren, wurden weggenommen.

Die Festlegung der polnischen Ostgrenze.

Der diplomatische Mitarbeiter der Agentur Havas glaubt zu wissen, daß die Vorkonferenz beschlossen habe, den interalliierten Militärtrat in Versailles, der unter dem Vorsitz von Marschall Foch steht, mit der Einbringung eines Berichts über die Frage der polnischen Ostgrenze bis zur nächsten Sitzung der Vorkonferenz in der kommenden Woche zu beauftragen. Polen habe bekanntlich in einer Note an die Vorkonferenz verlangt, daß seine Ostgrenze, wie sie gegenüber Litauen durch den Völkerbund, gegenüber Rußland durch den Vertrag von Riga vom 21. März 1921 festgelegt wurde, von den alliierten Mächten offiziell anerkannt werde, um den Frieden in Osteuropa zu sichern. Schon jetzt habe es den Anschein, daß die polnisch-russische Grenze des Vertrages von Riga sanktioniert werde. Was Galizien anbelange, so werde angenommen, daß es bei Polen belassen werde unter dem Vorbehalt, daß für Ostgalizien entsprechend dem polnischen Vorschlag ein besonderes autonomes Regime eingerichtet werde.

Entwicklungstendenzen der britischen Gewerkschaften.

Von P. Fehlinger.

Seit dem Zusammenbruch der Chartistenbewegung bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts spielten in der britischen Gewerkschaftsbewegung Forderungen auf Umgestaltung der Wirtschaft keine Rolle. Man beschränkte sich darauf, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu erzielen und die Mitglieder in den Notlagen des Lebens zu unterstützen. Erst etwa zwei Jahrzehnte tritt wieder das Streben hervor, teilzunehmen an der Kontrolle und Leitung der Industrie und auch auf den Streit als Mittel des wirtschaftlichen Kampfes mehr Gewicht zu legen. Viele Gewerkschaftsführer sehen ein, daß die Erfolge des Verbändels mit den Unternehmern den aufgewendeten Mühen nicht entsprechen und daß diese Erfolge von den Massen selbst oft nicht anerkannt wurden. Von 1906 ab machten sich Einflüsse der amerikanischen „Industrial Workers of the World“ und der französischen Syndikalien geltend, die darauf abzielten, durch wohlorganisierte Industrieverbände den Arbeitern die wirtschaftliche Macht zu erringen. Namentlich O. Besloc und C. Cheberton bemühten sich stark, die Auffassungen und die Taktik des französischen Syndikalismus nach Großbritannien zu übertragen. Sie sahen in der Bekämpfung der bürgerlichen Demokratie eine ihrer Hauptaufgaben, und ihr Wirken flügte viel trübten Stoff zu der sozialen Gärung der Jahre 1911 bis 1918 hinzu.

Während des Weltkrieges und bis zum Ausbruch der gegenwärtigen Wirtschaftskrise stand die Frage der Nationalisation der Wirtschaft im Vordergrund des Interesses. Die Sankey- und Whitley-Berichte geben Aufschluß über die vielen Vorschläge zur gemeinsamen Kontrolle der Wirtschaft durch den Staat, die Unternehmer und die Arbeiter. Die hohen Kriegsgewinne von Unternehmern auf der einen Seite und das ständige Sinken des Reallohnens auf der anderen Seite drängten die Arbeiter zu der Ueberzeugung, daß es aus dieser Lage keinen anderen Ausweg gebe, als Sicherung ihres eigenen Mitbestimmungsrechtes an der Leitung der Wirtschaft.

Vor der Coal Industry Commission (Kohlen-Industrie-Kommission), die nach dem Krieg von der Regierung eingesetzt worden war, sagte z. B. der Sekretär der Bergarbeiter von Northumberland, Mr. Straker: Früher glaubten die Arbeiter selbst, daß sie zu stehen seien würden, wenn sie höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen erhielten. Jetzt erkennt man aber nach und nach, daß die Wurzel der Unzufriedenheit der Arbeiterschaft tiefer liegt, daß es der Wunsch und das Streben des Arbeiters ist, aus seiner Stellung als bloßer Lohnarbeiter herauszukommen, der ganz vom Willen anderer gelenkt wird. Der Arbeiter verlangt Teilnahme an der Leitung der Industrie, in der er arbeitet, eine mitbestimmende Stellung in der Produktion.

Die meisten britischen Gewerkschaften, die sich zur Frage der „Nationalisation“ geäußert haben, lehnen den Staatsbetrieb der Wirtschaft ab. Sie fordern vielmehr, daß die Leitung der Industrie Selbstverwaltungs-körperlichkeiten übertragen werde, die lose miteinander verbunden und von allen bürokratischen Schwerkraften frei sein sollen.

Es kommt in dieser Auffassung zweifellos der Einfluss der ...

Etwa von 1911 an zeigte sich, dass der Streik wieder ...

Selbst die radikalen Elemente in der britischen ...

Bandervelle über die Ruhraktion.

Das bisherige Ergebnis: „Nicht als nicht!“ — Eiferiges ...

Die belagerte Arbeiterklasse veranlasst am vergangenen ...

Tann kam Bandervelle zu der Frage: „Was verlangt ...

Handlung Deutschlands zu befehligen und herbeizuführen ...

Protest der Eisenbahner gegen Frankreichs ...

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat ...

Internationale Solidarität.

Nach einer Meldung des „Vorwärts“ betreiben die ...

Ein mageres Ergebnis.

Im preussischen Senat erklärte bei der Beratung des ...

Bayern droht mit dem Abfall vom Reich.

Auf einer Kreisversammlung der Bayerischen Volkspartei ...

Frankreichs Kampf gegen die deutsche Polizei.

Frankreichs Kampf gegen die deutsche Polizei. Die ...

Die Bezahlung der amerikanischen Bezahlungskosten. Der ...

Das Landesverratsverfahren gegen Schriftsteller Dehne ...

Wirtschaft, Handel und Schiffahrt.

Nur leichter Rückgang der Großhandelsindex. Die ...

Abfälle im Siemens-Konzern. Wachsende Gewinnziffern ...

Die Entwicklung des russischen Außenhandels. Der ...

Diebeskomödie vor Gericht.

Episoden aus dem Prozess „Moränen“.

Hohle Firmen, erste Güter Verlust in jeder Branche.

Hohle Firmen, erste Güter Verlust in jeder Branche ...

Das elektrische Pferd. Der Erfindungsgeist hat schon ...

mit Deichsel etwa 4 Meter lang.

mit Deichsel etwa 4 Meter lang. Die Akkumulatorenbatterien ...

Rinotheater in amerikanischen Fabriken.

Rinotheater in amerikanischen Fabriken. In einigen ...

Deutschnationaler Saß gegen die Sozialdemokratie.

Zweiter Tag der Etatsberatung.

In der Freitag-Sitzung des Volkstages kam die zweite Rednergarnitur der einzelnen Fraktionen zum Wort. Diese beschäftigte sich in der Hauptsache mit den Etatsrechnern der gemäßigten Fraktionen. Das es dabei infolge der parlamentarischen Gesetzmäßigkeiten der Deutschnationalen zu scharfen Meinungsverschiedenheiten zwischen rechts und links kam, ist selbstverständlich. Der deutschnationale Abg. Dr. Matthaci beschäftigte sich fast ausschließlich mit der Sozialdemokratie und der „Danziger Volksstimme“, was den Abg. Gen. Man vorantrieb, den deutschnationalen Herrschaften seine besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Der Redner der Deutschen Partei betonte die Gefahr der Ueberforderung in Danzig für das Wirtschaftsleben und ging dann ausführlich auf das Zahlungsproblem ein. Die Vereinfachung, die Etatsdebatten in zwei Tagen zu Ende zu führen, konnte nicht eingeleitet werden. Infolge der vorgerückten Zeit wurde die Sitzung abgebrochen. Am Mittwoch kommender Woche soll in der Etatsberatung fortgefahren werden.

nicht vergessen werden, daß das Zentrum für das Steuerrecht gestimmt hat, ebensowenig, daß es die Anträge der Linken im Interesse der notleidenden Bevölkerung in der Regel abgelehnt hat. Ganz entscheidend wandte sich Gen. Man gegen die Behauptung des Deutschnationalen Dr. Matthaci, daß im Ruhrkampf die Arbeiterführer im Gegensatz zu den Arbeitern ständen. Allem Anschein nach soll damit eine neue Dolchstoßlegende erkundet werden für den Fall, daß der Kampf für Deutschland unglücklich ausfalle. Die Sozialdemokratie trete aber dafür ein, daß Abschlüsse zu Verhandlungen benutzt werden.

Gegenüber der Behauptung, daß die Lage der Sozialdemokratie seit 80 Jahren einen ununterbrochenen Aufstieg zu verzeichnen hat. Die Hoffnung der Deutschnationalen, daß die Sozialdemokratie bald erledigt sei, werde sich nicht erfüllen. Die Entwicklung der sozialdemokratischen Partei würde nicht eher zum Stillstand kommen, als bis das Ziel erreicht sei: Einführung der sozialistischen Wirtschaftsordnung. Nicht Reich, sondern Opferwilligkeit sei ein hervorragendes Merkmal der Arbeiterbewegung. Selbst von bürgerlicher Seite sei oft die Opferwilligkeit der Arbeiterklasse für ihre Ideale anerkannt worden.

Abg. Dr. Gwilt (D. P.) beschäftigte sich zunächst mit den Aufgaben des Senats und des Volkstages in der nächsten Zeit. Er forderte Vermehrung der Einnahmen und Vereinfachung der Verwaltung. Wenn es auch ungewöhnlich hoch erscheine, daß 90 Prozent der Ausgaben auf Personalkosten entfielen, so müsse dabei berücksichtigt werden, daß ein kleiner Staat sehr hohe Personalkosten haben werde. Das Steuersystem müsse den heutigen Verhältnissen angepaßt werden. Die Kaufmannschaft komme bei dem jetzigen Gesetz sehr gut davon. An Abschlagszahlungen auf die Einkommensteuer seien von diesen Kreisen nur geringe Beiträge eingezogen. Die Steuerabschlagszahlungen der Landwirtschaft seien lächerlich gering. Ein Rittergutsbesitzer mit 100 Hektar beiten Bodens habe nicht mal die Hälfte von den Steuern eines Lehrers. Eine Minderung der gesetzlichen Bestimmungen müsse möglichst bald erfolgen. (Zuruf des Finanzkommissars: Ein Gesetzentwurf ist unterwegs!) Auch die Grundsteuer sei reformbedürftig, es müsse geprüft werden, ob nicht auch die Landwirtschaft zur Gewerbesteuer herangezogen werden könne.

Die Gefahr der Ueberforderung.

Die Ueberforderung beträgt gegenüber Berlin im Februar bereits 34 Prozent. Wenn sich die Verhältnisse so weiter entwickeln, wird es bald mit unserer Herrlichkeit vorbei sein. Die Eisenbahnhauptwerkstätte und die Werft beschäftigen 4 B. zusammen etwa 6000 Arbeiter und Angestellte. Beide Betriebe zahlen täglich etwa rund 100 Hektar hohes Geld und Gehälter (gleich 10 Millionen Mark tägliche Steuern) aus, das sind im Monat etwa 2 1/2 Milliarden Mark. Das ist Geld, das ausschließlich heringebracht wird durch die Arbeit der Danziger Bevölkerung. Welche Gefahr die Ueberforderung für Danzigs Industrie bedeutet, geht aus folgenden Zahlen hervor: Der Handwerker in der Warschauer Maschinenfabrik erhält einen Stundenlohn von 2500 polnischen Mark, gleich etwa 1300 deutschen Mark, bei der Danziger Werft beträgt der Stundenlohn für diese Gruppe 1700 Mark, plus 10 Prozent Affordzuschlag, zusammen also 2500 Mark. Unjere Löhne sind also um 1200 Mark höher als die in Warschau. In Deutschland betragen die Löhne sogar nur 900 bis 1100 Mark. Bei diesem Lohnunterschied kann es leicht eintreten, daß die Danziger Werft einen Auftrag nicht ausführen kann, weil sie nicht mehr die Selbstkosten herauswirtschaften kann. Es muß also unter allen Umständen darauf hingewirkt werden, daß dieser gewaltige Unterschied beseitigt wird, und das kann nur geschehen, wenn Maßnahmen ergriffen werden, um die Lebenshaltung auf das gleiche Niveau wie in Deutschland und Polen zu bringen.

Bezüglich der Währungsfrage vertrat Redner den Standpunkt, daß für Danzig lediglich eine Währung in Frage komme, die von einem anderen Staat garantiert werde.

Die Erhöhung der Straßenbahntarife.

In den letzten Wochen sind die Zwischenräume, in denen die Tarifserhöhungen der Straßenbahnen vorgenommen wurden, sehr kurz gewesen. Nachdem am 8. Januar eine Tarifserhöhung um 50 Prozent in Kraft getreten war, erfolgten am 1. und 15. Februar weitere Erhöhungen um je 100 Prozent und am 1. März wiederum eine Erhöhung um rund 34 Prozent. Wie nun von der Senatsverwaltung mitgeteilt wird, hat die Notwendigkeit dieser dauernden Erhöhungen ihre Hauptursache in den ständig wachsenden Kohlenpreisen. Während die monatlichen Ausgaben für die von der Straßenbahn zur Aufrechterhaltung ihres Betriebes benötigten Kohlen Mitte Dezember noch 40 Millionen Mark betragen, hatte sich diese Summe einen Monat später auf rund 80 Millionen Mark und zu Anfang Februar auf 170 Millionen Mark erhöht. Neben der Ausgabe für Kohle seien es auch die Löhne und Gehälter für die Angestellten, die den Haushalt der Straßenbahn am meisten belasten. Auch wäre die Straßenbahn gezwungen, dauernd beträchtliche Summen für die notwendigen Unterhaltungsarbeiten aufzuwenden. Die Kosten hierfür sowie für Rücklagen, Verzinsung und dergleichen beliefen sich im Monat März auf etwa 30 Millionen Mark.

Ueber die letzte, ohne Genehmigung durch die Stadtverordnetenversammlung erfolgte Tarifserhöhung wird angeführt, daß die Direktion der Straßenbahn, als sie zu Anfang Februar eine Tarifserhöhung um 100 Prozent vorlegte, und diese Tarifserhöhung nach Genehmigung durch die Stadtverordnetenversammlung am 15. Februar in Kraft trat, hoffte, daß der neue Tarif für einige Zeit genügen würde, um den Etat der Straßenbahnverwaltung im Gleichgewicht zu halten. Nur nach der Tarifserhöhung hätten jedoch die Straßenbahnangehörigen einen neuen Antrag auf Erhöhung ihrer Löhne gestellt. Dieser Antrag wurde durch Ertrag des Schlichtungsausschusses vom 23. Februar anerkannt, da die Löhne der Straßenbahner nicht die Höhe der in anderen Betrieben üblichen Löhne erreichten. Infolge dieser nicht vorausgesehenen Lohnforderung und einer unwillkürlich eingetretenen weiteren Verteuerung der gesamten Betriebsmittel, hätte sich die Direktion der Straßenbahn genötigt gesehen, wiederum an die Stadt mit dem Ersuchen um Erhöhung der Tarife heranzutreten. Da die nächste Stadtverordnetenversammlung bereits zwei Tage später saß, sei es nicht möglich gewesen, eine entsprechende Stadtverordnetenverlage rechtzeitig einzubringen, da vorher noch der Verlehrsansicht einkommen oder gebürt werden mußte. Die Direktion der Straßenbahn wäre dadurch gezwungen gewesen, einen neuen Tarif vom 1. März ab ohne Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung einzuführen, falls sie nicht den Schlichtungsausschusses abhelfen und damit ihren gesamten Betrieb stilllegen wollten. Hatte sie den Betrieb vom 1. März ab unter Beibehaltung

des alten Tarifes weiter geführt, so hätte sie nämlich rund 1 Millionen Mark ausgeben müssen. Inzwischen habe sich der Rößlich: Verkehrsabwuchs nachträglich mit der Tarifserhöhung einverstanden erklärt. Die Stadtverordnetenversammlung wurde ebenfalls nachträglich ersucht werden, ihre Zustimmung zur Tarifserhöhung zu geben.

Zum Schluß heißt es in dieser Erklärung, daß die Danziger Straßenbahn es bisher verstanden habe, ihren Betrieb mit verhältnismäßig geringen Einschränkungen ohne häßlichen Zuspruch weiter zu führen und hierauf hoffentlich auch weiter in der Lage sein werde. Da in allerletzter Zeit die Kohlenpreise sich nicht weiter erhöht haben und das Steigen der Löhne infolge der Stabilisierung der Mark in Zukunft voraussichtlich nicht mehr in demselben Utemode erfolgen wird, wie es in den letzten Wochen der Fall war, so sei zu hoffen, daß auch die Straßenbahntarife in Zukunft längerem Bestand haben werden, und daß vielleicht allmählich sogar der Zeitpunkt einträte, wo an dem weiteren Tarifserhöhungen nicht mehr notwendig sein werden. Hoffen wir, daß dieser Optimismus der Straßenbahn-Direktion recht behält.

Lohnkrise im Buchdruckgewerbe.

Das Tarifamt für das Buchdruckgewerbe hatte sich in einer Sitzung am 26. Februar mit der Anpassung der Buchdruckerlöhne an die Leerrundverhältnisse zu beschäftigen. Die Gehälter forderten auf Grund statistischen Materials eine 100prozentige Erhöhung der Reichslöhne als Danziger Zulage. Da die neuen Reichslöhne jedoch noch nicht vorliegen, sollte ab 24. Februar ein Evidenzwochenlohn von 120 000 Mark gezahlt werden. Die Primarale lehnten diese Forderung ab und boten 90 000 Mark. Dieses Angebot sollte gleichzeitig vom 24. Februar bis 16. März Geltung haben. Ein Entgeltkommen der Gehilfen, den Lohnsatz auf 105 000 Mark wenigstens für die ersten 14 Tage zu erhöhen, und wenn keine nennenswerten Veränderungen eintreten, für 4 Wochen festzuhalten, wurde ebenfalls abgelehnt. In der ablehnenden Begründung wurde auf die schlechte Lage im Danziger Buchdruckgewerbe hingewiesen. Die Kreditnot sei groß; die Abwanderung von Druckaufträgen nach Deutschland, darunter solche des Senats, der Schulen und wissenschaftlichen Vereine, nehme ständig zu und verringere so die Arbeitsbeschaffung. Trifft dieses zu — wobei die Primarale doch ein ganz bestimmtes Interesse haben müßten — dann wäre es ja geeignet, mal diese Stellen besonders unter die Lupe zu nehmen, schon aus dem Grunde, daß Senat und Regierung ein besonderes Gewicht darauf legen müßten, für die Steuerzahler auch genügend Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Da in dieser Sitzung des Tarifamts kein abschließendes Resultat erzielt werden konnte, erklärte der Gehilfenvorstand, den Standpunkt der Primarale der am 1. März stattfindenden Vertrauensmännerversammlung zu unterbreiten. Diese unterzogen das Verhalten der Arbeitgeber einer scharfen Kritik und beauftragten den Gehilfenvorstand, die Einberufung des Tarifamts schnellstens zu veranlassen und durch neue Verhandlungen den berechtigten Forderungen der Gehilfenschaft durch höhere Entlohnung Geltung zu verschaffen. So ist die Lage im Buchdruckgewerbe mal wieder in ein kritisches Stadium getreten. Will man auf der Gegenseite den gewerblichen Frieden, dann soll man die Löhne denen anderer Berufe und der tatsächlichen Teuerung anpassen.

Vertretung Guatemalas in Danzig. Der Staatschef der Republik Polen hat im Einvernehmen mit dem Senat der Freien Stadt Danzig Herrn Anton Biatraf das Ehrenamt als Generalkonsul der Republik Guatemala für das Gebiet der Freien Stadt Danzig erteilt.

Erhöhung der Stadtheaterpreise. Das Stadtheater erhöht seine Tageseintrittspreise ab Sonntag, den 4. März. Gleichzeitig tritt eine solche auch für die Inhaber von Dauerkarten in Kraft. Näheres darüber ist aus dem heutigen Anzeigenteil ersichtlich.

Es gelten nur die Nichtpreise. In einer Bekanntmachung des Senats werden die bisherigen Preisbindungen der Fleischerei für ungültig erklärt. Es gelten nur vollständig abgeklemmte Ausbände, die die Nichtpreise enthalten.

Die Annahme der Kriminalität. Dem Volkstag ist nachstehende kleine Anfrage der Deutschnationalen Fraktion zugegangen: In der Senat hat sich ergibt, inwieweit die zunehmende Kriminalität in der Freien Stadt auf das geschwundene Verhalten landfremder Elemente zurückzuführen ist?

Ein polnischer „Held“. In der Nacht zum Donnerstag lärmte der polnische Staatsangehörige Beamten-Adam Stanikowski auf dem Drogenmarkt in der Nähe des französischen Konsulats derart, daß er von einem Beamten der Schutzpolizei zur Ruhe verwiesen werden mußte. Er kam dieser Aufforderung nicht nach, sondern widerlegte sich dem Beamten mit den größten Schimpereien. Einem Herrn, der dem Beamten zu Hilfe kommen wollte, verfecht er einen Schlag mit der Faust ins Gesicht. Jetzt legte der Beamte ihm die Fesselle an und stürzte ihn zum Polizeigefängnis. Auf dem Wege dorthin sagte St. wieder zu dem Beamten: „Guch Hund wird es hier bald so gehen, wie der deutschen Schrupp im Ruhrgebiet, dafür werde ich sorgen.“

Heimlichverkauftes Verschwinden eines Kindes. Seit Donnerstag mittag wird die 11jährige Gertrud Kreuzer, Langfuhr, Eisenweg 15, vermißt. Das Mädchen ist aus unbekanntem Grund von der Schule nicht nach Hause zurückgekehrt es war bekleidet mit weißschwarzfarbtem Kleid, farbiger Strickjacke, blauewetter Schürze, grauem Mantel und roter Strickmütze. Die besorgten Eltern bitten um etwaige Mitteilungen.

Von einem Straßenbahnwagen überfahren und schwer verletzt wurde der 7 Jahre alte Schüler Franz B. aus der Steinleigasse in Petershagen. Der Junge hatte in der Promenade einen Motorwagen vorbeifahren lassen, und wollte dann das Gleis überschreiten, wobei er nicht darauf geachtet hatte, daß ein zweiter Wagen in kurzem Abstand folgte. Der Schüler wurde von dem zweiten Wagen zu Boden gestoßen, wobei das rechte Bein unter die Schutzvorrichtung geriet und schwer verletzt wurde. Eine unmittelbare Lebensgefahr besteht für den Verunglückten nicht, doch ist es nicht ausgeschlossen, daß das verletzte Bein abgenommen werden muß. Nach Lage der Dinge trifft den Wagenführer keine Schuld an dem bedauerlichen Vorkommnis.

Standesamt vom 3. März 1923.

Todesfälle. L. d. Arb. Ferdinand Weigler, 5 Mon. — Ausf. Josef Trzostka, 78 J. 9 Mon. — Hansmädchen Anna Schneider, 52 J. 1 Mon. — S. d. Zimmermanns Franz Buchna, 8 J. 3 Mon. — Arbeiter Max Puttmann 52 J. 10 Mon. — Hauselgentümer Ernst Kruhl, 61 J. 7 Mon. Polizeibericht vom 3. März 1923. Festgenommen 5 Personen; darunter 5 wegen Diebstahls, 1 wegen Diebstahls 1 wegen Körperverletzung, 2 wegen Hausfriedensbruchs, 3 wegen Brandstiftung, 18 in Polizeihast, 5 Obdachlose.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde die Verabschiedung der monatlichen Zudermenge

von 2 1/2 auf 2 Pfund endgültig beschlossen. Dann nahm der polnische Abg. Anführer in einer persönlichen Erklärung zu dem Zuruf des Abg. Dr. Neumann: „Sie gehören eher in den polnischen Seim!“ Stellung. Redner bekannte, daß er sich im polnischen Sinne betätigt. Andere Abgeordnete betätigten sich ja auch in deutschem Interesse.

Fortsetzung der Etatsberatung.

Die Etatsreden wurden vom Abg. Man eröffnet, der erklärte, die Sympathieentwicklung für die Ruhrbevölkerung sei widersüßlich, wogegen die große Mehrheit des Hauses heftig protestierte. Gegen die Sozialdemokratie erhob er den gänzlich unbegründeten Vorwurf, mit den deutschen Nationalisten eine Einheitsfront zu bilden. Lebhafteste Phrasen ertönten durch das Haus, als er die Behauptung aufstellte, der deutsche Kapitalismus trage die Schuld an den Vorgängen im Ruhrgebiet. Für den Freistaat stellte Redner folgende Forderungen auf: Scharfe Maßnahmen gegen den Wucher, Errichtung von Kontrollausschüssen, Straffreiheit für Diebstähle, die aus Not begangen sind, und schärfere Heranziehung der Landwirtschaft zu den Lasten des Staates.

Die Ausführungen Man's über die Entwicklung der Dinge im Osten empfand Man als unflattering Wettbewerb. Dann kam die zweite Rednergarnitur zum Wort. Dr. Matthaci (Dnarl.) stellte mit Betriedigung fest, daß die Freie Stadt demernd bemüht bleiben wolle, das, was sie auf nationalem und sozialpolitischem Gebiet aus der früheren Zusammengehörigkeit mit dem Deutschen Reich ererbt habe, auch weiterhin zu befolgen. Beim Neuaufbau des Schulwesens sei die größte Voracht am Platze. Von einer Zulassung der Lehrer zum Hochschulstudium befürchtete Redner ein Anwachsen des Lehrermangels auf dem Lande. Der staatlichen Kunstpflege machte er den Vorwurf, daß sie ungenügend moderner Werke die Pflege guter Kunst vernachlässigt habe. Dann beschäftigte sich der Redner mit dem Verhältnis Danzigs zu Polen. Die deutschnationale Fraktion treibe auf dem Boden des Versailler Vertrages. Was den Polen danach zustehe, solle ihnen gewährt werden, jedoch allen Versuchen, den deutschen Charakter Danzigs zu beseitigen, werde entschiedener Widerstand geleistet. Dann beschäftigte sich Redner mit der Sozialdemokratie. Der Abg. Gwilt bestrebe es zuweilen, hier im Mantel patriarchalischer Friedfertigkeit und Harmlosigkeit aufzutreten und erkläre, daß die Sozialdemokratie den Staat wolle, in dem sich alle wohl fühlen. Aber seine Genossen treiben den bittersten Klassenkampf. Der Grundfehler der Sozialdemokratie sei, daß sie sich von vornherein auf die Internationale festgelegt habe. In der Ruhrfrage ständen die Führer im Gegensatz zu der Arbeiterklasse. Die Haltung der „Danziger Volksstimme“ in dieser Frage gestiel dem deutschnationalen Redner selbstverständlich auch nicht. Auffällig sei die Wahrnehmung jüdischer Interessen durch die Sozialdemokratie. Die sozialdemokratischen Führer seien der Hauptverursacher am deutschen Volke. (Stürmischer Widerspruch auf der linken Seite des Hauses.)

Die Lage der Sozialdemokratie seien gezählt. Ihre Handlungsweise sei meistens vom Reich diktiert.

Abg. Gen. Man erklärte, daß er erkant und erschreckt gewesen sei über die Leidenschaft, mit der sich Polen und Deutschnationale in der Donnerstagsitzung gegenübertraten. Die Sozialdemokratie sit gegen jede Gewaltpolitik, wird aber jeden Angriff auf das Selbstbestimmungsrecht und die Souveränität Danzigs energisch zurückweisen. Der Abg. Schwegmann habe der Opposition den Vorwurf gemacht, daß die Opposition Forderungen stellt, ohne für ihre Deckung zu sorgen. Demgegenüber müsse festgestellt werden, daß es Aufgabe der Sozialdemokratie ist, für die unterdrücktesten Forderungen zu stehen. Die Mittel für eine großzügige Sozialpolitik könnten beschafft werden, wenn die Besitzenden Danzigs in gleichem Maße zur Steuer herangezogen würden, wie das im Deutschen Reich geschieht. Wegenüber der Behauptung, daß es der Sozialdemokratie an geringen Führern fehle, wies Gen. Man darauf hin, daß es sozialdemokratische Führer gewesen sind, die Deutschland im November 1918 vor dem Chaos bewahrt haben. Im Abwehrkampf an der Ruhr haben die Führer der freien Gewerkschaften an erster Stelle, und sie sind es, die die Arbeitermassen vor Unbesonnenheiten bewahren. Sozialdemokratische und kommunistische Betriebsräte führen gemeinsam den Abwehrkampf, die Einheitsfront ist durch die gemeinsame Not entstanden.

Wenn behauptet wird, daß die Landbevölkerung erhebliche Steuern leisten, muß gerührt werden, welche Bevölkerungsdichte diese Steuern abt. Unwidersprochen ist festgelegt worden, daß Tagelöhner mehr Steuern zahlen als Rittergutsbesitzer. Die Berechnung des Einkommens der Landwirtschaft muß auf eine andere Grundlage gestellt werden.

Der Soliverwaltung wurde der Vorwurf nicht erdwart werden, daß sie mit dem Gelde der Steuerzahler leichtfertig umgegangen ist. Ihr Aufbau ist auch nicht nach Zweckmäßigkeitsgründen, sondern nach politischen Gesichtspunkten erfolgt. Durch Abbau des Beamtenapparates, wobei beim Senat angefangen werden müßte, könnten bedeutende Ersparnisse gemacht werden.

Die Sozialdemokratie lehnt jede Unterdrückungspolitik ab und kann sich deshalb auch nicht mit der Ausweisung von Versammlungsorten befremden. Die deutschnationale Bewegung hätte aber gar nicht den Umfang annehmen können, wenn sie nicht durch Organe des Senats gefördert worden wäre.

Dem Zentrum erklärte Gen. Man, daß es dem Zentrum und den Deutschnationalen nicht gelingen werde, die Entwicklung des Schulwesens zu hemmen. Die Sozialdemokratie wird Reich für den Ausbau des Schulwesens eintreten und verlangt baldige Vorlage des Schulunterhaltungs-gesetzes. Das Zentrum erkläre jetzt, daß die Arbeiter mit dem Steuerabzug vom Lohn unzufrieden sind. Aber es soll

Danziger Nachrichten.

Rundschau auf dem Wochenmarkt.

Regen mit Schneeflocken vermischte rieselt unruhig hernieder und durchdringt Kleider und Schuhe. Die Hoffnung auf einen günstigen Einkauf für die Woche läßt die Hausfrau trotzdem den Weg zum Markt machen. Ein ganz klein wenig sind teilweise die Preise heruntergegangen, aber lange nicht in dem Maße, wie sie mit dem Dollar herausgehakt worden sind. Das Buchergesindel macht sich darüber keine wissenschaftliche. Auf dem Markt sind viel wilde Gänse; recht große Vögel und gerupft werden heute für 2500-4500 Mark pro Stück angeboten und finden auch viele Käufer. Gerupfte Gänse kosten 8500-15000 Mark das Pfund. Für das Gemüse werden noch immer die wahnwitzig hohen Preise gefordert. Hiergegen müßte unbedingt eingeschritten werden. Kartoffeln und Weizen kosten wieder 400 und 450 Mark das Pfund (in Berlin 150-200 Mark!) Mohrrüben und Brunnen kosten 200 Mark (in Berlin 80-100 Mk.). Das Suppenbündchen 80 und 100 Mark. Diese gewaltigen Unterschiede zwischen den hiesigen Preisen und den in Berlin sind unbegreiflich. Wahrscheinlich lassen sich die Leute tüchtig Lagergeld bezahlen. Kefel gibt's für 400-800 Mark das Pfund, je nach Güte. (Berlin 250-400 Mark.) Das Pfund Sauerkraut vom Jahr kostet heute schon 400 Mark. Viel Zwiebeln sind zu haben, das Pfund mit 250-300 Mark (in Berlin 60 Mk.). Die Preise sind hier also teilweise bis um das fünffache höher als selbst in dem teureren Berlin. Herr Staatsanwalt! Ist das wirklich kein Wunder?

Die ersten Frühlingboten haben sich eingefunden. Zmelge mit Käsechen werden angeboten, auch haben sich einige Töpfe mit Alpenveilchen und Primeln auf den Markt gewagt. Ein Töpfchen Alpenveilchen kostet 2000 Mark.

In der Halle sind viel Eier zu haben, die Mandel kostet 4500 Mark. Das Auslandschmalz schwankt im Preise zwischen 3800 und 4000 Mark. Das Pfund

Edelweiss kostet 2000-3000 Mark. Sammel- und Kolbfleisch kostet 2000-3000 Mark. Sammel- und Kolbfleisch kostet 2000-3000 Mark.

Am meisten begehrt ist heute die mit 6 Pfund schwere Blüthe Corned-Beef zum Preise von 15 000 Mark. An dem Stand herrscht ein lebensgefährliches Gedränge. Es eignet sich zum Brotaufschnitt und zum Zubereiten der Mittagsmahlzeit, denn es ist frisch und sehr fett. Weiber sind auch viele Händler unter den Käufer, die sich durch Wiederverkauf bereichern wollen. Auf dem Fischmarkt sind heute sehr viele Fische zu haben. Auch Edelweiss steht man jetzt wieder. Die Preise sind immer noch zu hoch. Sammel kosten 1500 Mark, Breissen und Kale 3000-3500 Mark das Pfund. Wildenten sind hier teurer als an der Halle. Für große Enten werden hier 4500-7000 Mark verlangt. Breitlinge kosten noch 600 Mark das Pfund. Die Auflust ist bei den hohen Preisen gering und die Händlerin nennt die Hausfrau Goldchen und Gerzchen um sie zum Kauf zu veranlassen. Die Hausfrau gibt weder auf Schmeicheleien noch auf Grobheiten etwas, die größte Freude wäre es für sie, wenn sie zu billigen Preisen einkaufen könnte.

Weibliche Schöffen hungerten seit dem 1. März beim Schöffengericht in Danzig. Sie werden als Latenzrichter hingenommen, wenn weibliche Personen auf der Anklagebank Platz nehmen müssen. Sind weibliche Personen verurteilt oder geschädigt worden, nimmt neben den männlichen Schöffen ein weiblicher Schöffe an der Verhandlung teil. Die ersten beiden weiblichen Schöffen, die in Taktzeit traten, waren Lehrerinnen.

Ein großes Diebstahlverbrechen. Von der Kriminalpolizei ist bei einem hiesigen Goldwarenhandler eine große Menge Gold- und Silberarbeiten beschlagnahmt worden, die vermutlich von Diebstählen herrühren. Unter den beschlagnahmten circa 150 Wertgegenständen befinden sich goldene und silberne Ketten- und Damenschmuck, Uhrenketten, Armbänder, Halsketten, Ohrringe, Traringe und andere Ringe, silberne Messer, Gabeln und Löffel, Vorsteckmodeln, Manikürtensätze, Broschen und Münzen. Interessenten können

Die Schöffen in der Zeit von 10 Uhr bis 12 Uhr auf Nummer 2 der Polizeidirektion beschäftigt.

Der amerikanische Staatsanwalt im Pittsburgh gegen 2 Uhr Abend beobachteten Beamte der Schutzpolizei zwei Personen auf dem Damm, die einen beladenen Handwagen zogen. Auf die Frage, was sie geladen haben, erklärten beide, es sei Hinz. Tatsächlich besaßen sie auf dem Wagen 5 Hinzener Hinz. Weitere 5 Hinzener waren schon vorher an einem gewissen P. in der Breitengasse verkauft. Da es sich nicht umwandeln ließ, wobei das Hinz Ramme, wurde es beschlagnahmt. Die Täter, der Kaufmann Jakob Niederland aus Alben und ein Baderichling, wurden wegen Diebstahlsverdachts dem Polizeigeängnis zugeführt. Der Wert des Hinz beträgt 11 Millionen Mark.

In den U.S.-Städtspielen erfreut in dieser Woche der schöne Bruno Kastner die Herzen der jungen Mädchen in der Dreiecksbühne „Der bekannte Unbekannte“. Es ist ein ganz unterhaltender Stoff, den der Film bringt, so daß auch derjenige, zu dessen Erziehung Kastner nicht gehört, auf seine Kosten kommt. Das Programm wird vervollständigt durch zwei belehrende Filme über die Reichsteuer und die Verstellung des Papiers.

Devisenkurse.

(Wochensicht um 12 Uhr mittags.)

	3. März	2. März
1 Dollar	22 500.—	22 500.—
1 polnische Mark	0.51	0.54
1 Pfund Sterling	107 000.—	107 000.—
1 holländischer Gulden	8 900.—	9 100.—
1 norwegische Krone	4 100.—	4 200.—
1 dänische Krone	4 300.—	4 500.—
1 schwedische Krone	5 900.—	6 100.—
1 Schweizer Frank	4 200.—	4 370.—

Amstische Kursnotierungen vom 1. März 1923.
Dollar: Geld 22 443,75, Brief 22 500,25; Polennoten: Geld 22,88, Brief 22,84; engl. Pfund: Geld 106 233,75, Brief 106 786,25.

Verantwortlich für Politik: Ernst Goppert, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil: Friedrich Weber, für Interne: Anton Goppert, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von F. Gehl & Co., Danzig.

Ämliche Bekanntmachungen.

Berichtigung der Preisaushänge der Fleischer.

Unter Hinweis auf die von der Notierungskommission am 1. März 1923 festgesetzten Richtpreise für Fleisch im Kleinhandel werden die z. Zt. von den Fleischern ausgehängten Preisverzeichnisse für ungültig erklärt. Die Preisverzeichnisse sind sofort neu aufzustellen und der Polizei vorzulegen.

Gegen Fleischer, die hiergegen verstoßen, wird nach den gesetzlichen Bestimmungen eingeschritten werden. (9032)

Der Senat. Ernährungsamt.

Die Tarife der Fahren Weichselmünde-Neufahrwasser, Holm-Broschkilgerweg, Holm-Holzraum und Heubude!

vom 12. Februar 1923 werden auf das Doppelte erhöht. Der Tarif der Fahren Milchpeter-Trogel wird auf 150 Mark für das Uebersehen einer Person erhöht. Die Erhöhungen treten am Montag, den 5. d. Mts. in Kraft.

Danzig, den 2. März 1923. (9034)

Bekanntmachung.

Die Eisdecke der Toten Weichsel von Danzig bis Einlage wird am 3. Mts. aufgebroschen werden. Ich bringe dieses hiermit zur öffentlichen Kenntnis und weise auf die Gefahr des Betretens des Eises hin.

Danzig, den 2. März 1923.
Der Polizei-Präsident.

Wir üben von jetzt ab unsere Berufstätigkeit gemeinsam aus. Unsere Geschäftsräume befinden sich im Hause

Hundegasse 94

linker Hauseingang, eine Treppe. Unsere Fernsprechnummer ist 3621.

Danzig, im März 1923.

Gerson

Dr. Lewy

Rechtsanwalt u. Notar

Rechtsanwalt

Hotel Danziger Hof Wintergarten

5-Uhr-Tanz-Tee

Truzzi-Velté
mondäne Tänze

Menaro-Ballett
Ungarisches Tanzensemble

Ab 12 Uhr:

Nachtvorstellung

Truzzi-Velté
mondäne Tänze

Rudolf Rudolphini
Steptänzer

Arnoldow-Truppe
Kaukasische Wirbelwindtänzer

9004

Ballorchester Fritz Fuchs.

Streng reell und feste Preise!

Brillanten

Gold, Silber, Platin

Gold- und Silbermünzen

Gebisse, Brennstifte, Dublee

zahle ich weit über Tageskurs. Bitte auf die Hausnummer 5 und gelbe Schilder zu achten. 3817

Pfeifferstadt Nr. 5, 1. Etage

1 Minute vom Bahnhof.

B. Papier.

Zahn-Kranke

werden sofort behandelt. Neue Gebisse, Reparaturen an einem Tage. Spezialität: Gebisse ohne Platte, Goldkronen usw. mit voller Garantie. Dankschreiben über schmerzloses Zahnziehen. Niedrige Kostenberechnung. 5205

Institut für Zahnkranke Pfeifferstadt 71 Durchgeh. Sprechst. 8-7 Uhr



1193

Glaszer-Mennige-Kitt
Best. Frants. Danziger
Kitt-Werke, 3. Damm 3. 2436

Gut erhalt. Kommode, Studentisch, 4 Stühle sehr billig zu verk. (9025)
Kiedere Seigen 3-4, 1.

Minorca-Hahn zu verkaufen.

Otto, Neufahrwasser, Albrechtstr. 10. (+)

Junges Mädchen zur Erlernung d. Damenschneiderei in 6 Mon. gel. Brotdänkegasse 11, 3. (+)

Rohbernstein regalfrei, kauft (8778)
J. Schmidt, Breitengasse 70, am Krantor. Eigene Bernsteinschleiferei.

Getrag. Kleider Bodrummel, Möbel, ganze Nachlässe kauft
A. Specht, 6735
Bäckerstraße Nr. 17.

Al. Malerarbeit, sowie Maler- u. Dachreparat. billigt. Off. u. V. 1286 a. d. Exp. d. Volksstimme. (9007)

Fordert überall **OLPO** Erzeugnisse
100% sehr reines Palmkernfett
Dem Gänseeschmalz gleichwertig in der Güte unübertroffen
Strahlend und vorzüglich zum Rohessen, Braten und Kochen. 9017

Zigaretten

zu herabgesetzten Preisen

J. B. . . . 45 Mk. bei 100 Stk.
Salem . . . 35 " " " "
Baltikum . 40 " " " "
Wassersport 36 " " " "
Rittmeister 30 " " " "
Sasha . . . 20 " " " "

Otto Oskar Tiffert
Schiffeldamm 5b (Eing. Faulgraben)

Platin, Zahngebisse

Gold- und Silbergegenstände, wie Bruch
Münzen aller Art, kauft zu den höchsten Preisen

Otto Below, 27 Goldschmiedegasse 27
Telephon Nr. 3850
gerichtl. vereid. Sachverständiger u. Taxator

Kleine Anzeigen

In unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

Sämtl. Drucksachen

In geschmackvoller Ausführung liefert in kürzester Zeit bei mäßigen Preisen

Buchdruckerei J. Gehl & Co.,
Danzig, Am Spandhaus 6. Telephon 3290

Besserer saub. Handwerker sucht Al. Stübchen (evtl. Küche d. Olibar-Lor). Ang. mit Preis u. V. 1287 an d. Exp. d. Volksstimme.

Stimme selbst u. zahle die höch. Preise für Herrensachen, Militärsachen, Betten u. Wäsche.

J. Kronowitsch, 4. Damm Nr. 12.

Betriebskapital viele Millionen Mark zu vergeben. R. Liedke, Paradiesgasse 8-9, 9024

Hersteller: **Urbin-Werke, Chemische Fabrik, G. m. b. H., Danzig, am Troyl.**
Fernsprecher 5305

Achtung! Hausfrauen und Gastwirte!

Nur noch einige Tage verkaufen wir das bereits bekannt gewordene und bestens bewährte

Prima holländische Pflanzenfett

in Paketen à 1 Pfund.

Verkaufsstelle: Hundegasse 93, parterre
von 9-1 Uhr und 3-6 Uhr.

Verkauf unter Marktpreisen! **H. Hartog's** Speisefettfabriken in Dd (Holland).

